



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT  
IN OESTERREICH

WIEN III, 19. Oktober 1950.

Prinz Eugenstrasse 7  
Telephon Nr. U 13500

Unser I/Eg.  
Aktenzeichen: Ihr .....

Politischer Bericht Nr. 4.

Herr Bundespräsident,

Der politischen Krise, in der sich der österreichische Staat befindet und die vermutlich in der nächsten Zeit noch schärfere Formen annehmen wird, liegen zweifellos wirtschaftliche Umstände zugrunde, die innenpolitisch das künftige Zusammenarbeiten der beiden Koalitionsparteien, aussenpolitisch das Verhältnis des Staatswesens zu den Besatzungsmächten in schwerwiegendem Masse beeinflussen können. Auf diese Ursache ist bereits in meinem Bericht vom 5. Oktober d.J. hingewiesen worden, und ich darf ihn heute ergänzen, durch Wiedergabe dreier Erklärungen, die im Hinblick auf das 4. Lohn- und Preisabkommen von massgebenden Männern der Regierung und der Wirtschaft in den letzten Tagen abgegeben worden sind.

Der Finanzminister Margaretha hat im Schosse der Industriellenvereinigung am 11.d.M. einen Vortrag gehalten,

in dem er sich mit aktuellen Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik befasste. Der Finanzminister legte dar, warum im Zusammenhang mit der Erhöhung der Agrarpreise und der Abschaffung einiger anderer Subventionen, die Preissteigerungen zur Folge hatten, ein viertes Lohn- und Preisabkommen nicht vermieden werden konnte. Da eine Einigung monatelang verzögert wurde und man dann schliesslich zu einer raschen Regelung kommen musste, war es nicht möglich, eine der Tragfähigkeit der Wirtschaft angepasste differente Angleichung der Löhne und Gehalte, die vielleicht unter anderen Voraussetzungen richtiger gewesen wäre, herbeizuführen. Der Redner stellte fest, dass die Bruttomehrbelastung beim Bund aus der Erhöhung der Aktivbezüge und der Pensionslast

An das  
Eidgenössische Politische Departement,  
B e r n .



- 2 -

sowie aus dem erhöhten Sozialaufwand und aus noch übrig gebliebenen Subventionen mehr als fünf Viertel Milliarden betrage. Unter diesen Umständen verlange er Verständnis dafür, dass in einer solchen Lage an Steuerherabsetzungen ebensowenig gedacht werden könne, wie an die Erfüllung von Mehrausgaben auf allen möglichen Gebieten, selbst, wenn sie den fordernden Stellen noch so notwendig erscheinen. Die Hauptaufgabe des Finanzministers in dieser Zeit bestehe darin, das Gleichgewicht des Bundeshaushaltes, aber auch das der Länder, Städte und Gemeinden zu erhalten. Nur eine derartige Finanzpolitik könne die Voraussetzungen für eine gesunde Wirtschaft schaffen und damit dem sozialen Frieden dienen.

.....

Bei der Vereinheitlichung des Wechselkurses habe sich die Regierung von dem Gedanken leiten lassen, dass es unverantwortlich wäre, wegen eines vorübergehenden Vorteiles der Exportwirtschaft einen Wechselkurs zu wählen, der eine weitere Verteuerung der Einfuhren von Lebensmitteln, Rohstoffen und Maschinen zur Folge hätte. Oesterreich sei zwar auf seinen Export, letzten Endes aber ebenso auf Importe angewiesen. Dieser Tatsache musste Rechnung getragen werden. Unsere Exportwirtschaft ist im Ausland sicherlich schwierigen Wettbewerbsverhältnissen ausgesetzt. Sie muss sich ihnen aber durch erhöhte Produktivität, Konzentration auf exportfähige Waren und schärfste Kalkulation der Preise anzupassen versuchen.....

Bei dem gleichen Anlass gab der Präsident der Industriellenvereinigung, Dr. Lauda, im Namen des Vorstandes eine Erklärung ab, in der er folgendes ausführte :

Die erregenden Vorfälle der letzten Tage, deren politischer Hintergrund offenkundig ist, legen den verantwortlichen Leitern der österreichischen Industriebetriebe die Verpflichtung auf, sich klare Vorstellungen darüber zu machen, wie in Zukunft eine solche gefährliche Situation vermieden werden kann.

Die Industriellenvereinigung hat sich seit ihrer Gründung bei ihren Beschlüssen von der Ueberzeugung leiten lassen, dass der sichere Bestand unseres demokratischen Staates die gemeinsame, möglichst konfliktlose Zusammenarbeit der Industriellen mit ihren Belegschaften und den Gewerkschaften voraussetze und daher jede Gelegenheit benützt werden müsse, das Vertrauen der Arbeitnehmer zu den Leitungen

der Betriebe zu stärken. Diese Einstellung der österreichischen Industriellen, die in den abgelaufenen Jahren wiederholt in die Tat umgesetzt wurde, hat bei den jüngsten Ereignissen Früchte getragen, denn nicht zuletzt ist es darauf zurückzuführen, dass die überwiegende Mehrheit unserer Arbeiterschaft die Fabriken vor Stilllegungen bewahrt und vor Zerstörungen geschützt hat. Es ist dadurch deutlich geworden, dass die Einstellung der österreichischen Arbeiter zu den Unternehmungen, in denen sie ihren Lebensunterhalt finden, in gesundem Fortschreiten begriffen ist.

Diese für beide Teile zuträgliche Entwicklung muss fortgesetzt werden. Zufriedenheit und Arbeitsfreude der Belegschaften setzen einen gesicherten Reallohn voraus. Darum werden sämtliche Industriebetriebe aufgefordert, Preiserhöhungen aus dem Titel des letzten Lohnabkommens unbedingt zu unterlassen, und sich darüber klar zu werden, dass Verstösse gegen diese erforderliche Preisbeschränkung Verhältnisse heraufbeschwören würden, die die Existenz des freien industriellen Unternehmertums gefährden könnten. Die Opfer, zu denen die Industrie verhalten wird, wären aber fragwürdig, wenn nicht alle Wirtschaftszweige dem gleichen Appell Folge leisten. Insbesondere muss vorausgesetzt werden, dass sich die öffentliche Hand gleich der privaten und verstaatlichten Industrie von diesem Gebote nicht ausnimmt und die Tarife, soweit sie nicht im letzten Lohn- und Preisübereinkommen abgegolten wurden, nicht hinaufsetzt.

Der feste Wille der Industrie, die Preise zu halten, um die sozialen Spannungen nicht zu verschärfen, findet aber seine Begrenzung in der Tatsache, dass eine grosse Anzahl von Rohstoffen, die für die heimische Erzeugung unerlässlich sind, in den letzten Monaten auf den Weltmärkten sprunghaft gestiegen sind. Hievon werden auch Verbrauchsgüter, die für den Arbeiterhaushalt von Bedeutung sind, betroffen. Diese zum Teil namhaften Kostenverteuerungen können die betreffenden Industrien nur vorübergehend auf sich nehmen, da sie sonst in ihren finanziellen Grundfesten und in ihrer Existenz erschüttert werden. Dadurch würde auch die Zahl der bisher gesicherten Arbeitsplätze kleiner werden. Hier einen gangbaren Weg zu finden, wird Sache eines gemeinsamen, wohlwollenden Vorgehens sein. Man wird sich dabei zweifellos vor die noch immer nicht befriedigend gelösten Grundprobleme der österreichischen Volkswirtschaft gestellt sehen: Vermehrung der wirtschaftlichen Substanz durch eine zielbewusste Produktionspolitik und Zunahme des Sozialproduktes durch Steigerung der industriellen Leistung.

Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden nur dann in der Lage sein, die schwierige Situation zu meistern, wenn ihnen eine aufrichtige und tatkräftige Koalitionspolitik der beiden Regierungsparteien die Möglichkeit zur strengen Sachlichkeit gibt. Die Industrie, die sich als Hauptträger unserer Volkswirtschaft für die Wohlfahrt der österreichischen Bevölkerung verantwortlich fühlt, ruft daher den massgebenden Kreisen zu, den Ernst der Stunde zu erkennen, den parteipolitischen Hader zu begraben, das Gemeinsame in den Vordergrund zu rücken, um den bevorstehenden schweren Aufgaben gerecht zu werden.

Wenn schon von Präsident Lauda deutlich auf den schwierigen Engpass hingewiesen wurde, in dem sich die österreichische Wirtschaft befindet, so hat dies der Leiter des Oesterreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und geschäftsführender Vizepräsident des österreichischen Produktivitätszentrums, Dr. Franz Nemschak, noch in eingehenderer Form in seinen Darlegungen getan, die er im Rahmen der dritten österreichischen betriebswirtschaftlichen Woche vorgetragen hat.

Die seit 1947 abgeschlossenen Lohn-übereinkommen hätten versucht, führte Dr. Nemschak aus, jene Schwierigkeiten zu überbrücken, die sich im Grunde nur als Folge der Tatsache einstellten, dass die jeweiligen Ansprüche des privaten und öffentlichen Konsums sowie die notwendigen Investitionen grösser gewesen seien als das verfügbare Sozialprodukt.

So habe man im ersten Lohn-Preis-Abkommen danach gestrebt, den unerbittlichen Konsequenzen eines zu geringen Sozialproduktes für den Lebensstandard dadurch auszuweichen, dass man die Lohn-Preis-Struktur willkürlich verzerrt habe. Indem die Preise von Nahrungsmitteln und Kohle sowie die Tarife für Strom und Gas sowie die Mieten offiziell niedrig gehalten, das Nominaleinkommen der Arbeiter und Angestellten aber relativ hoch angesetzt worden sei, habe man ein hohes Realeinkommen vorgetäuscht, das infolge der niedrigen Produktion und der geringen Produktivität in Wirklichkeit gar nicht bestanden hätte.

Im zweiten und dritten Lohn-Preis-  
Abkommen sei wohl die direkte Preisstützung für heimische Lebensmittel abgebaut worden. Da man jedoch die Lebenshaltungskosten weiter relativ niedrig halten wollte, sei der Konsum in der Folge durch das weniger durchsichtige System unterschiedlicher Wechselkurse, individueller Belassungsquoten und Agios aus dem Fonds der Auslandshilfe subventioniert worden.

Die wirtschaftlichen Erfolge bis dahin seien in der Hauptsache zwei glücklichen Umständen zu danken gewesen. Der eine sei in dem Ausmass der Auslandshilfe gelegen. Es sei vielleicht nicht allen Menschen voll bewusst geworden, was es bedeute, wenn in eine verhältnismässig kleine Volkswirtschaft ohne Gegenleistung jährlich ein breiter Strom wertvollster Güter, Nahrungs- und Futtermittel, Rohstoffe und Maschinen einströme und hier durch einen sinnvoll konstruierten Kreditmechanismus fruchtbar werde.

In den Jahren 1948 und 1949 habe der Wert der Auslandshilfe jährlich ungefähr 300 Millionen Dollar oder sechs Milliarden Schilling betragen und das für den Konsum und die Investitionen produzierte Sozialprodukt wurde um rund ein Fünftel erhöht.

Der andere glückliche Umstand, der die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre begünstigte, sei in der überaus raschen Steigerung der Produktion und Produktivität zu finden. Von 1947 bis 1948 sei die Industrieproduktion um nicht weniger als 59 Prozent, im nächsten Jahr um weitere 34 Prozent und seither noch um 18 Prozent gestiegen. Aehnlich sprunghaft habe sich die Produktivität verbessert.

Nur unter so einmalig günstigen Voraussetzungen sei es, fuhr Dr. Nemschak fort, möglich gewesen, dass die in den ersten drei Lohn-Preis-Abkommen an das Sozialprodukt für Konsum- und Investitionszwecke gestellten Anforderungen annähernd erfüllt worden seien. Die zunächst mit Fiktionen operierenden Lohn-Preis-Abkommen seien dank der stürmischen Entwicklung von Produktion und Produktivität im nachhinein saniert worden.

Man müsse sich nun im klaren sein, dass diese günstigen Voraussetzungen jetzt nicht mehr bestünden. Die Marshall-Hilfe nehme rapid ab und werde in weniger als zwei Jahren versiegen. Gleichzeitig werde es immer schwieriger, die Produktion und Produktivität zu steigern. Die Aussichten nach dem vierten Lohn-Preis-Abkommen seien daher viel ernster.

Es versuche bekanntlich, die längst korrekturbedürftigen Preise einiger wichtiger Agrarprodukte zu erhöhen und einen Teil der ERP-Subventionen abzubauen, ohne das Realeinkommen der Arbeitnehmer zu verschlechtern. Die Lasten sollten vielmehr in der Hauptsache von der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand getragen werden. Es ziele daher von vornherein nicht darauf ab, den Anteil des Konsums am Sozialprodukt zugunsten der Investitionen einzuschränken.

Infolge der Belastung von ungefähr 950 Millionen Schilling, die das Abkommen für den Staatshaushalt bringe, werde es im nächsten Jahr, auch wenn die günstige Entwicklung der Einnahmen anhält, dem Finanzminister schwer werden, auch nur sein ordentliches Budget auszugleichen. Für Investitionen würden daher kaum nennenswerte Beträge übrig bleiben. Da der Staat heuer immerhin 500 bis 600 Millionen Schilling aus eigenen Mitteln investiert habe, müsse 1951 mit einer entsprechenden Einschränkung des gesamten Investitionsvolumens gerechnet werden.

Die höhere Belastung der gewerblichen Wirtschaft mit ungefähr 1,8 bis 2 Milliarden Schilling lasse es ebenfalls wahrscheinlich erscheinen, dass sie im nächsten Jahr um annähernd 1,5 Milliarden Schilling weniger als bisher investieren könne. Daher würden 1951 voraussichtlich rund zwei Milliarden weniger investiert werden als heuer.

Die Einschränkungen der Investitionen würden vor allem die für den Investitionsbedarf des Inlandes arbeitenden Betriebe, darunter auch das arbeitsintensive Baugewerbe treffen. Eine grössere Arbeitslosigkeit würde aber nicht nur die unmittelbar freigesetzten Arbeitskräfte und ihre Familien schädigen, sondern auch die gesunden Teile unserer Wirtschaft und des Staatshaushaltes in Mitleidenschaft ziehen.

Als einzigen Ausweg aus dieser fatalen Lage bezeichnete Dr. Nemschak die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Jeder weitere Fortschritt werde künftig nur durch die härtesten Anstrengungen möglich werden. Dabei müsse Klarheit bestehen, dass ein verarmtes Land wie Oesterreich nicht imstande sei, aus eigenen Kräften jährlich fast ein Fünftel seines Volkseinkommens zu investieren, so nützlich und wünschenswert dies auch wäre.

- 7 -

Die Lebensfähigkeit Oesterreichs auf dem Lebensstandard Westeuropas könne auf die Dauer nur gesichert werden, schloss Dr. Nemschak, wenn es gelänge, die österreichische Wirtschaft unter Bedachtnahme auf ihre relativen Kostenvorteile in die grössere europäische und Weltwirtschaft einzubauen. Wenn es irgend ein Land gäbe, so sei es Oesterreich, das seine Aussichten grundsätzlich in der Intensivierung seiner zwischenstaatlichen Beziehungen erblicken müsse.

Es bleibt nun eine offene Frage, ob der von den Wirtschaftsführern vorgezeichnete Weg mit Aussicht auf Erfolg beschritten werden kann. Andererseits aber dürfte es kaum eine Frage sein, dass die österreichische Regierung und die österreichische Wirtschaft, die sich ganz in die Arme Amerikas geworfen haben, auch weiterhin darauf zählen, dass dieses auch beim Aufhören der Marshallplanhilfe Oesterreich schon aus rein politischen Erwägungen nicht im Stiche lassen werde. Sie werden sich nicht ganz mit Unrecht sagen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich wirtschaftlich und politisch für die Erhaltung des österreichischen Staates in sehr weitgehendem Mass eingesetzt haben, ihn nach so vielen Opfern nicht werden preisgeben wollen. Der gegenwärtige Besuch des österreichischen Aussenministers Dr. Gruber in den Vereinigten Staaten wird zweifellos von solchen Erwägungen diktiert worden sein und den Zweck verfolgen, die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen, um das bedrohte Staatswesen aus den Bedrängnissen der Gegenwart zu erretten.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE  
IN OESTERREICH

